

PRESSEINFORMATION

Steigende Brandgefahr durch Lithium-Batterien:

Abfallwirtschaft, österreichische Abfallverbände, Städtebund, Gemeindebund fordern 75% Batteriesammelquote

Mit dem Anteil der leichtentzündlichen Lithium-Batterien, die im Restmüll landen, steigt die Brandgefahr im Alltag. Die Montanuniversität Leoben schätzt, dass jährlich rund 1,4 Millionen Stück falsch entsorgt werden. Sie sind die Ursache für eine rasante Zunahme von Bränden in zahlreichen Entsorgungsbetrieben. Diese schlagen Alarm und fordern gemeinsame Bemühungen zur Erhöhung der Batteriesammelquote von derzeit 45 auf mindestens 75 Prozent.

Wien, 30. Juli 2019 – Lithium-Batterien sind überall. Egal ob in Handys, Akkubohrern, Laptops oder blinkenden Kinderschuhen. Sie weisen bei kleinster Bauweise die höchste Energiedichte auf und werden somit branchenübergreifend in immer stärkerem Ausmaß eingesetzt. Da sie leicht entzündbar sind, bedingt das allerdings auch eine höhere Explosions- und Brandgefahr. Eine aktuelle Studie der Montanuniversität Leoben bestätigt, dass der steigende Anteil der Lithium-Batterien im Restmüll mit einer Zunahme von Bränden in Entsorgungsfirmen eindeutig korreliert – beide sind in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Fast wöchentlich stehen Betriebe in Flammen, der finanzielle Schaden geht in die Millionenhöhe. Erst kürzlich waren bei einem Brand hunderte Feuerwehrmänner im Einsatz, einer von ihnen wurde bei den Löscharbeiten verletzt. Hans Roth, Präsident des Verbands Österreichischer Entsorgungsbetriebe: „Diese Situation ist untragbar -sowohl für unsere Entsorgungsbetriebe als auch für die beteiligten Einsatzkräfte, die ihr Leben aufs Spiel setzen. Es muss schleunigst dafür gesorgt werden, dass die Lithium-Batterien aus dem Restmüll verschwinden und korrekt entsorgt werden.“ Aus diesem Grund fordert der Verband eine Erhöhung der Batteriesammelquote auf 75 Prozent und bekommt dafür Rückenwind von Städtebund, Gemeindebund und der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände.

55% aller Batterien werden derzeit nicht entsorgt

Nur 45 Prozent der Batterien werden derzeit korrekt entsorgt, also dem Händler zurückgebracht oder an zulässige Sammelstellen übergeben. Der Rest befindet sich noch in Verwendung oder verschwindet im Restmüll bzw. in irgendwelchen Schubladen. Letzteres ist gefährlich und kann in privaten Haushalten schon bei kleinsten Beschädigungen der Batterien zu Bränden führen. „Insgesamt befindet sich pro Tonne Restmüll ca. eine weggeworfene Lithium-Batterie. Hochgerechnet auf die Brandwahrscheinlichkeit ergibt das 140 potentielle Brandfälle pro Jahr“, berichtet Professor Roland Pomberger von der Montanuniversität Leoben. Auch Städtebund und

Gemeindebund sind sich der Gefahr bewusst und fordern eine Minimierung des Risikos. Bürgermeister Michael Ludwig, Präsident des Österreichischen Städtebunds: „Es geht um die Sicherheit – für die Menschen daheim in der Familie, für Betriebe, die mit Batterien zu tun haben, wie z. B. E-Bike-Shops und für die Einsatzkräfte. Es geht um gesellschaftliche Verantwortung.“ Auch der Gemeindebund schließt sich dieser Forderung an. Präsident Bürgermeister Alfred Riedl: „Steigende Brandgefahren durch Lithium-Batterien bzw. Akkus können nur durch gemeinsame Bemühungen von Herstellern, Handel, Kommunen, Ressourcenwirtschaft sowie Konsumenten gesenkt werden.“ Nachholbedarf bei der Produzentenverantwortung ortet der Präsidenten der ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände, Landtagsabgeordneter Bürgermeister Anton Kasser: „Die Hersteller müssen sich des Haftungsrisikos bewußt werden, das entsteht, wenn ihre Produkte beispielsweise im Müllwagen oder auf den Sammelstellen zu brennen beginnen. Es kann nicht sein, dass in diesem Fall die Kommunen dafür geradestehen müssen. Wir sehen die Gefahr, dass die ausgefeilte Abfallwirtschafts-Infrastruktur in Österreich nicht mehr aufrechterhalten werden kann.“ Und VOEB-Präsident Hans Roth will auch den Online-Handel in die Pflicht nehmen: „Es kann nicht sein, dass über den internationalen Versandhandel aus der ganzen Welt Produkte mit Lithium-Batterien nach Österreich in Verkehr kommen und dafür nicht einmal pro Batterie die in der Österreich vorgeschriebene Entpflichtungsgebühr bezahlt wird. Auch die großen Online-Händler müssen Verantwortung für eine korrekte Entsorgung übernehmen, bzw. die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.“

Übergreifende Zusammenarbeit notwendig

Um das Brandrisiko zu reduzieren, müssen Maßnahmen beschlossen werden, die sowohl die Ursachen bekämpfen als auch die Auswirkungen der Brände minimieren.

- **Hersteller:** müssen Batterien sicherer machen, die Erkennbarkeit gefährlicher Lithium-Batterien erhöhen und dafür sorgen, dass die Batterien aus Elektroprodukten entfernbar sind.
- **Politik:** muss ein Bewusstsein für die Problematik schaffen und die Bevölkerung durch wirksame Öffentlichkeitsarbeit dazu anregen, Batterien korrekt zu entsorgen.
- **Konsument:** muss seine Verantwortung wahrnehmen und im Bestfall jede einzelne Batterie korrekt entsorgen.
- **Entsorger:** haben sich bereits dem Thema Brandschutz verstärkt angenommen und in automatische Brandmelde- und Löschanlagen investiert.

Schaden in Millionenhöhe

Das hohe Brandrisiko ist für die Österreichischen Entsorgungsbetriebe angesichts der enormen Brandschäden nicht mehr tragbar. Alleine in Österreich wurden dadurch in den letzten fünf Jahren Kosten von über 100 Millionen Euro verursacht. Versicherungen weigern sich zunehmend, den Gebäudeschutz der Entsorgungsbetriebe zu übernehmen, da die Brandgefahr einfach zu hoch ist. Mit diesem Problem kämpfen nicht nur die österreichischen Entsorgungsbetriebe, auch international wachsen die Probleme mit Lithium-Batterien. In Kalifornien etwa wurden die Brände in den



Müllverwertungsanlagen dokumentiert – mit dem Ergebnis, dass 83 Prozent der Müllanlagen in den letzten zwei Jahren einen Brand verzeichneten. 40 Prozent davon wurden durch die falsche Entsorgung von Lithium-Batterien verursacht.

Nicht zuletzt sollten die korrekte Entsorgung und Sammlung von Batterien aus wirtschaftlicher Sicht Priorität haben. Vor allem in Lithium-Batterien befinden sich Wertstoffe wie Kobalt und Nickel, die durch Recyclingverfahren zu 75% zurückgewonnen und in die österreichische Wirtschaft zurückgeführt werden könnten, anstatt ihr zu schaden.

Über den VOEB:

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Entsorgungsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 220 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel – gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Entsorgungsbetriebe. Die Branche beschäftigt direkt und indirekt ca. 43.000 Mitarbeiter, entsorgt rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls in 1.100 High-Tech-Anlagen und erwirtschaftet Umsätze in der Größenordnung von 4 Mrd. Euro pro Jahr.

Rückfragen:

Mag. Daisy Kroker - Geschäftsführerin VOEB
Tel.: (01) 713 02 53
E-Mail: kroker@voeb.at
Website: www.voeb.at

Über die ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände

Die ARGE Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände (argeawv.at) ist die Informationsdrehzscheibe und Interessensvertretung von rund 80 Gemeindeverbänden für Abfallwirtschaft in Österreich. Als Zusammenschluss von acht Landesdachorganisationen vertritt die ARGE die öffentliche Abfallwirtschaft in fachlicher Zusammenarbeit mit Gemeindebund und Städtebund. Mit Müllgebühren in Höhe von rd. 600 Mio. EURO werden jährlich 4 Mio. Tonnen Siedlungsabfälle von Gemeinden, Städten und Verbänden gesammelt, verwertet und entsorgt. Ein Volkswirtschaftlicher Nutzen von 1.235 Mio. EURO wird damit gestiftet und 14.800 Personen beschäftigt.

Rückfragen:

ARGE Präsident LAbg. Bgm Anton Kasser
Tel.: +43 664 231 98 15
E-Mail: anton.kasser@argeawv.at
Stadiongasse 6-8/8
1010 Wien

ARGE- Bundeskoordinator Dr. Johann Mayr
Tel.: +43 664 390 97 20
E-Mail: hans.mayr@argeawv.at